Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 7

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der Herausgeber des *Sonntagsblattes* (Hamburg), Landesbischof *Hanns Lilje*, veröffentlichte in Nr. 29 unter dem Titel *«Das Kreuz auf der Weltkugel»* persönliche Erinnerungen und Eindrücke vom Werden der ökumenischen Bewegung. Mit besonderer Deutlichkeit heben sich die markanten Führergestalten vom bewegten Hintergrund des weltweiten Raumes ab. Da steht in des Schreibers Erinnerung in vorderster Linie der greise schwedische Erzbischof Nathan Söderblom, auf dessen Initiative die erste große Weltkonferenz in Stockholm 1925 zurückgeht. Es ist kaum verwunderlich, daß an ihm wie auch noch an andern dieser bahnbrechenden Männer vor allem der strategische Blick auffällt. Das gilt in besonderer Weise für Dr. John Mott, den Amerikaner, der mit instinktiver Sicherheit Aufgaben und Möglichkeiten einer christlichen Weltorganisation erkannte und bereits als junger Absolvent der Universität den Zusammenschluß aller christlichen Studentengruppen betrieb. Die Frucht seiner reichen Tätigkeit war denn auch die Gründung des christlichen Studentenweltbundes (1895). Dieser und der Weltbund des Christlichen Vereins Junger Männer, 1855 in Paris ins Leben gerufen, dürfen als die eigentlichen Träger der ökumenischen Bewegung angesprochen werden. So steht also die Jugend am Anfang dieser weltumspannenden Organisation. Die Glieder des Studentenweltbundes waren erfüllt von dem Gedanken der Gemeinschaft aller Christen, unterstellten sich aber zugleich der strengen akademischen Zucht und verloren sich deshalb nicht in Schwärmerei. — Zunächst war die ökumenische Bewegung nur auf ein Ziel ausgerichtet: die Weltmission. Zwischen 1910 und 1948 tagten vier Weltkonferenzen, auf denen Großes erlebt wurde. In organischem Zusammenhang mit diesem ersten Ziel steht die zweite Aufgabe der Ökumene: sie schafft eine Basis für den Austausch theologischer Probleme und erstrebt eine Einigung aller Christen in dem, der das Haupt ist, Christus. Zu diesem Zweck wurde, nach einem durch den zweiten Weltkrieg verursachten Unterbruch der ökumenischen Tätigkeit, der *Ökumenische Rat der Kirchen* ins Leben gerufen (Amsterdam 1948), der nun beide Ziele der Bewegung umfaßt. Konfessionelle und denominationelle Unterschiede sollen nicht aufgegeben oder verwischt werden. Aber ein lebendiger Austausch zwischen den einzelnen Kirchen, eine feste Verbindung zwischen der Missionswelt und der Heimat, fruchtbare Beziehungen zwischen einzelnen Christen der verschiedenen Völker möchten Zeugnis ablegen von der verbindenden Kraft, die ausströmt vom Herrn der Kirche.

In Nr. 162 der Zeitschrift *«Die Gegenwart»* (Frankfurt am Main) veröffentlichte einer ihrer Herausgeber, *Michael Freund*, unter dem Titel *«Der Preis der Freiheit»* eine Betrachtung zum Fall des roten Dekans von Canterbury. Als Dr. Johnson, jetzt Dekan von Canterbury, noch in seiner Londoner Gemeinde tätig war, kämpfte er für Kleiderreformen und für breitere Sitze in der dritten Klasse der Eisenbahn. Inzwischen ist er, vom König ernannt, Dekan von Canterbury geworden. Das ist eine der unabhängigsten Stellungen, die es geben kann, in der man niemandem Rechenschaft schuldig ist und die gleichsam eine letzte Vorstellung davon gibt, was der große freie Mann in der Welt einmal war. Mit den Jahren ist der Dekan ein inbrünstiger Kommunist geworden, der alles glaubt, was in der «Prawda» steht; «Kommunion und Kommunismus ist das gleiche Wort», meint er. Als er kürzlich mit seinen «Beweisen», daß die Vereinten Nationen in Nordkorea Bakterien abgeworfen hätten, die öffentliche Meinung an sich zu reißen suchte, forderten konservative Abgeordnete ein Tribunal — das Verhalten des Dekans wäre «Verrat», wenn in Korea eine förmliche englische Kriegserklärung vorläge. Churchill lehnte diesen Vorschlag seiner eigenen Parteifreunde brüsk ab, um dem Dekan nicht

eine Bedeutung zu verleihen, die er nicht besitzt. Die freie Rede bringe auch das Übel der närrischen und peinlichen Dinge in die Welt. «Aber wir sollten im ganzen diese Dinge lieber aufrechnen als unterdrücken» — und damit die Paradoxie und Ironie der Freiheit ertragen, daß auf dieser Welt die Heiligen nur frei sind, wenn es auch die Sünder sind. Der Erzbischof von Canterbury erklärte im Verlauf der Debatte im Unterhaus: «Der Dekan mag auf die wildeste Weise Unrecht haben, aber er hat ein Recht darauf, unrecht zu haben».

Den Nagel auf den Kopf traf jedoch ein geistlicher Kollege des roten Dekans, der in der «Times» schrieb: «Ich argwöhne, daß es sogar denjenigen Mitgliedern des Parlaments, die uns von diesem unruhigen Priester befreien wollten, gegenüber dem russischen Staat und der russischen Kirche wohler wäre, wenn der russische Staat in der russischen Kirche einen Prälaten dulden würde, der in der Welt umherreiste und Propaganda für General MacArthur machte. Aber als Priester wie als Staatsbürger fühle ich mich glücklich, den Dekan als einen Teil des Preises ansehen zu können, den wir für die Freiheit bezahlen, zu sagen, was wir denken, obwohl anscheinend wie überall sonst der Preis ansteigt». — Der Preis für die Freiheit ist im Steigen. «Man zahle den Preis der Freiheit», so schließt «Die Gegenwart», «so weit und so lange es geht: so lange es geht, ohne daß die Freiheit über ihrem allzuhohen Preis bankrott wird». — Der «Rote Dekan» ist noch erschwinglich.

Im *«Figaro»* vom 2. September ist unter dem Titel *«Der Eckpfeiler»* ein nicht gezeichneter Leitartikel erschienen, welcher der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs eine außergewöhnliche Bedeutung beimißt. Es geht aus ihm hervor, daß der Leitgedanke des Regierungschefs nichts anderes ist als die Wiederbelebung des gesunden Menschenverstandes. Dies erklärt die Hartnäckigkeit, mit welcher Herr Pinay, wie er sich in seiner Rede in Caen ausdrückte, die «Erneuerung einer Denkweise» verfolgt. Die Franzosen, welche — wie der «Figaro» bemerkt — lange Zeit Sparer waren, Kapital anhäuften und einer stabilen Währung huldigten, sind heute Befürworter der Abwertung geworden. Wie es scheint, richten sie ihr Hauptaugenmerk nicht mehr darauf, die Produktion und den tatsächlichen Wohlstand zu mehren, sondern eine immer größere Menge von dauernd abgewertetem Papiergeld zu besitzen. Die wirtschaftlichen Bemühungen des Einzelnen gehen somit darauf hinaus, den Gewinn zu vergrößern, die aufgestapelten Waren zu verwerten, die Löhne aufzubessern, ohne für eine gesteigerte Erzeugungskraft besorgt zu sein. Als sie ihre Goldstücke eintauschten, handelten viele so, als ob sie glaubten, sich wirklich zu bereichern; sie waren aber nur zufrieden, wenn der Ersatz auf dem Papier eine größere Summe ausmachte. Heute kann sich die liberale Politik nur dadurch rechtfertigen, der größtmöglichen Zahl das höchstmögliche Wohlergehen zuzusichern. Also muß dem Widerstand, den man dem den Keim der Abwertung in sich tragenden Steigen der Löhne entgegenstellt, eine Gegenkraft erwachsen im ständigen Bestreben nach Drosselung der Preise, eine Anstrengung, deren Gelingen das freie Spiel der Konkurrenz voraussetzt. Es soll aber auch der werktätigen Bevölkerung eine zunehmende Sicherheit gewährleistet werden, wozu nichts mehr beitragen wird als eine wirksame Wohnungspolitik nach dem Leitspruch «jeder Familie ein Obdach, jedem Franzosen eine gesunde und bequeme Wohnung», wie sich der Regierungschef ausgedrückt hat.

Im *«Monde»* vom 6. September unterzieht *Jacques Fauvet* die an der letzten Tagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei erörterten Fragen einer fachkundigen Betrachtung. Pierre Cot, der den Kommunisten nahestehende notorische Progressist, war das Ziel heftigster Angriffe seitens der Parteizensoren. André Stil, Chefredaktor der *«Humanité»*, bezichtigt sich seinerseits und gibt zu, daß der «überspitzte Ton» mehrerer Artikel aus seiner Feder dem kleinen Mann

Schrecken eingejagt habe, anstatt ihn fahnentreu zu stimmen. Der Redaktor des *«Monde»* unterstreicht, diese Selbstbezichtigung werfe ein grelles Licht auf das tiefgründige und subtile Wesen der kommunistischen Partei. Das ihr durch den Empirismus vorgeschriebene lavierende Verhalten zielt vor allem darauf ab, aus der Partei den Vorposten der werktätigen Schichten und aus diesen die «Triebfeder der Geschichte» zu machen. Das ist ihr Schicksal und Verhängnis.

Libero Lenti nimmt in einem im *«Corriere della Sera»* vom 3. September erschienenen Leitartikel die Reise des italienischen Finanzministers Pella nach Washington und Mexico-City zum Anlaß, um die Wirtschaftslage Europas kurz zusammenzufassen und an den diesbezüglichen Richtlinien der USA Kritik zu üben. Er hebt die Tatsache hervor, daß die direkte amerikanische Hilfe progressiv abgenommen habe, um sich in militärische Aufträge zu verwandeln, und unterstreicht die Nachteile, die aus dieser Entwicklung den einzelnen europäischen Regierungen erwachsen. In der Tat erlaubte nur die direkte Hilfe den Finanzverwaltungen der bedachten Länder, nicht nur das Zahlungsdefizit zu vermindern, sondern auch nationale Devisen einzunehmen, ganz zum Vorteil der internen Bilanz. Als Abhilfe für die gegenwärtige Lage rät der Autor den USA: 1. zum Import größerer Mengen europäischer Waren mittels einer massiven Reduktion der Zolltarife, 2. die Möglichkeit konkreter Investierungen im Ausland, besonders von Privaten an Private. in den wirtschaftlich schwachen Gebieten Europas ins Auge zu fassen, 3. zur Teilnahme der USA und Canadas an der europäischen Zahlungsunion und an den internationalen Übereinkünften über gewisse Rohstoffe, und zwar nicht nur in bezug auf die in den USA erzeugten, wie es bisher der Fall war, sondern auch auf die von ihnen importierten Rohstoffe.

Eine retrospektive Zusammenfassung der politischen Lage Europas wird im Artikel *«Das Spiel der Noten»* von *Augusto Guerriero* im *«Corriere della Sera»* vom 4. September gegeben: Die sowjetische Taktik besteht darin, zu verhandeln, nicht um eine Einigung zu erzielen, sondern jedesmal Verhandlungen vorzuschlagen, wenn die Westmächte im Begriffe stehen, einen wichtigen Schritt in der Organisation ihrer Verteidigung zu unternehmen. Beweise dafür fehlen nicht. Als die Westmächte die Währungsreform in Deutschland durchführen wollten, fanden auf Betreiben Moskaus zwecklose und langwierige Konferenzen statt, mit dem Ergebnis, daß die Reform um ein Jahr verzögert wurde. Als die Westmächte den Entschluß zur Wiederbewaffnung Deutschlands fassen wollten, folgte sofort die berühmte und unfruchtbare Konferenz im Palais Rose zu Paris. Auch der Waffenstillstand in Korea erfolgte auf den Vorschlag Maliks. Dadurch wurde eine negative militärische und politische Situation in einem Augenblick verlängert, in dem die Siege der Vereinten Nationen im Begriffe waren, derselben ein Ende zu bereiten. Die letzte Phase dieses Spiels besteht im wiederholten, von Moskau gewollten Notenaustausch, der einsetzte, als die Russen merkten, daß sich Westdeutschland anschickte, sich dem westlichen System anzuschließen. In Anbetracht dieser Sachlage kommt der Verfasser zum bittern Schluß, daß der einzige Vorteil dieser Verhandlungen darin bestehe, die unredliche Gesinnung des einen Partners zu beweisen; dieser Beweis sei heute nicht unnötig, da die öffentliche Meinung davon völlig überzeugt werden müsse.

Als Exponent der von ihm inaugurierten und fanatisch verteidigten Politik einer sozialen Marktwirtschaft im Kampfe gegen planwirtschaftliche Ideen hat der deutsche Bundeswirtschaftsminister *Erhard* in Nr. 32 der Hamburger Wochenzeitung *«Die Zeit»*, unter dem Titel: *«Kollektivismus ist Schuld — nicht Schicksal»*, einen geistvollen Aufsatz veröffentlicht, der die von ihm vertretene These über das

rein ökonomische Ausmaß auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausdehnt. Schon in der Einleitung zieht Erhard den Querschnitt durch seine Arbeit mit den Worten: «Es ist tragisch, immer wieder und in immer stärkerem Maße feststellen zu müssen, daß das auf den Wert und das Wirken der Persönlichkeit abgestimmte individualistische Prinzip gegenüber den zur Vermassung hindrängenden Kräften an Boden zu verlieren scheint». Wenn die Einzelpersönlichkeit im Kollektivismus untergeht und das Parlament zum Tummelplatz kollektivistischer Interessenkämpfe gemacht wird, so geht es, nach Erhard, um nicht weniger als um den Bestand der freiheitlichen Ordnung. Weil den Menschen mit der modernen Entfaltung der Wirtschaft die Anschaulichkeit im Sinne unmittelbaren Erlebens ökonomischer Vorgänge verloren gegangen ist, und sie sich als wehrloses Objekt eines nicht mehr übersehbaren Geschehens fühlen, erwächst ihr Bedürfnis nach Anlehnung und Schutz und bereitet so den Nährboden für das «Funktionärunwesen» unserer Zeit, das dem heutigen gesellschaftlichen Leben seinen Stempel aufdrückt. Die Verantwortung für das Wachstum dieser undemokratischen Vermassungstendenzen liegt beim Staate selbst, der, um politischer Ziele willen, die Grundsätze einer geordneten Wirtschafts- und Finanzgebarung mißachtet und so erst seine Funktionäre als Dirigenten dieser amtlichen Kommandowirtschaft in den Sattel setzt. Ihnen sind die wirtschaftenden Menschen als «Hörige der Bürokratie» auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Vor dem Chaos bewahren kann uns nur eines: «es wird unsere Sünde» — so schließt Erhard — «wenn wir die Macht des Staates nicht zurückdämmen und den Menschen die gottgegebenen Freiheiten einräumen, die allein das Wesen, das Leben und den Geist einer wahren Demokratie begründen».

In Heft 7 der *«Wehrwissenschaftlichen Rundschau»* (Darmstadt) würdigte Generalmajor a. D. *Ratcliffe «Die strategische Bedeutung der Türkei im Nordatlantikpakt»* als einen Schlußstein in dieser gewaltigen Verteidigungsorganisation. In einer Ost-West-Ausdehnung von 1600 km sperrt die Türkei dem sowjetischen Ausdehnungsdrang den Weg nach Süden und schirmt die lebenswichtigen Verbindungen der westlichen Welt vom Atlantik durch das Mittelmeer zu den Ölquellen des Mittleren Ostens. In Thrazien besitzen die Türkei und Griechenland leicht verwundbare Landstreifen, die Bulgarien vom Meer trennen. In Bulgarien aber liegt derzeit der sowjetische Schwerpunkt der politischen Radikalisierung wie der militärischen Aufrüstung der Satelliten. Anderseits liegt gemeinsamen griechisch-türkischen Manövern dieses Jahres die Verteidigung der Nordgrenze Thraziens gegen einen aus Bulgarien geführten Angriff zugrunde. — Seit der russischen Forderung von 1946 nach «gemeinsamer Verteidigung der Meerengen» befindet sich die Türkei in einem Zustand erhöhter militärischer Bereitschaft. Auf Grund der allgemeinen, zweijährigen Dienstpflicht stehen 450 000 Mann unter den Waffen. Innerhalb eines Monats können 2 Millionen Mann rekrutiert werden. Die mit amerikanischen Waffen ausgestatteten 40 Divisionen und die 1000 Flugzeuge der Luftwaffe stellen unter den gegenwärtigen Verhältnissen den zahlenmäßig stärksten und schlagkräftigsten Bestandteil der NATO-Streitkräfte dar. Der türkischen Armee ist im wesentlichen eine defensive Aufgabe zugedacht, das Land hat aber erhebliche strategische Bedeutung als Angriffsbasis in der Luftkriegsführung gegen die Schiffahrtswege des Schwarzen Meeres, die rumänischen Ölfelder, das Bakugebiet und die Industrie der Ukraine [1]).

---

[1]) Vgl. Militärische Umschau, Septemberheft 1951.